

Beitrag Pako 29. Mai 2021

Kundgebung auf dem Marienplatz in Stuttgart

Seit 21. Mai 2021 gilt ein Waffenstillstand in Gaza. Er folgte auf einen 11 Tage dauernden brutalen Angriff der israelischen Armee auf das extrem dicht bevölkerte von Israel besetzte Gebiet, das seit fast 15 Jahren auch noch völkerrechtswidrig blockiert wird.

Israels Kriegsminister Benny Gantz stellte dazu am 18. Mai 2021 wortwörtlich klar : „no person, area or neighborhood in Gaza is immune.“ (keine Person, kein Gebiet oder Umgebung in Gaza sind sicher (immun).“

Und genau nach diesem Prinzip handelte die israelische Armee.

Mit ihrem Feldzug, bei dem auch Wohnhäuser ohne jegliche Vorwarnung mitten in der Nacht bombardiert wurden, tötete die israelische Armee mehr als 250 Menschen, darunter 67 Kinder. Etwa 2000 Menschen wurden verletzt und 91 000 obdachlos. Die israelische Armee zerstörte im Gazastreifen mehr als 2000 Wohnungen in 700 Häusern, beschädigte 50 Schulen und mindestens 18 Hospitäler. Ein Ziel der Angriffe war auch die einzige auf Corona spezialisierte Klinik im Gazastreifen, die vollständig zerstört wurde. Auch das Hochhaus, in dem der Fernsehsender Al Jazeera und die Nachrichtenagentur AFP ihren Sitz hatten, wurde in Schutt und Asche gelegt. Reporter ohne Grenzen rief den Internationalen Strafgerichtshofs zu einer Untersuchung auf wegen der andauernden israelischen Angriffe auf Stützpunkte der Medien. Die Räume von 23 palästinensischen und internationalen Medien wurden von der israelischen Armee zerstört.

Während der Bombardierung stoppte die israelische Besatzungsmacht auch die Einfuhr von Lebensmitteln und humanitärer Hilfe nach Gaza.

Amnesty International, Human Rights Watch, die UN-Menschenrechtskommissarin Michele Bachelet und viele anderen Menschenrechtsorganisationen fordern die Untersuchung von Kriegsverbrechen.

Nicht nur Gaza ist das Ziel der israelischen Unterdrückungspolitik. Im ganzen Land, in den Jerusalemer Stadtteilen Sheikh Jarra und Silwan, in der Westbank und innerhalb der grünen Linie von 1948, etwa in den Städten Jaffa und Um Al Fahim werden aktuell palästinensische Familien von israelischen Behörden in Zusammenarbeit mit israelischen Siedlern aus ihren Häusern vertrieben. Dabei stützen sich die Vertreiber auf die israelischen Apartheidgesetze, die dafür sorgen, dass die Palästinenser*innen vor israelischen Gerichten keine Chance haben. Diese Aktionen gehören zur fortgesetzten Nakba, der seit dem Jahr 1948 andauernden ethnischen Säuberung Palästinas, mit denen die Palästinenser*innen aus ihrem Land vertrieben werden sollen.

Rassistische Polizeigewalt gegen Palästinenser*innen ist im israelischen Herrschaftsgebiet an der Tagesordnung: Auch im Bereich Westbank, Jerusalem und Gebiet innerhalb der Grünen Linie von 1948 sind in den vergangenen Tagen mehr als ein Dutzend Palästinenser*innen von israelischer Polizei und Armee erschossen worden.

Dem Gazafeldzug folgte eine israelische Kampagne der Massenverhaftung gegen alle im Land, die sich an Protesten gegen das Vorgehen der israelischen Regierung beteiligt hatte. Die israelische Polizei nahm Hunderte Hausdurchsuchungen und Verhafteten vor. Zu den Festgenommenen gehören auch zahlreiche Kinder. Hassan Jabareen von der Menschenrechtsorganisation Adalah spricht von „Rache“ und „Einschüchterung“ gegen die Protestierenden und Minderjährige.

Die ultrarechte Netanjahu-Regierung hatte mit ihren Überfällen auf Betende in der Al-Aqsa-Moschee im Ramadan Anfang Mai eine Auseinandersetzung provozieren wollen, die nach außen religiös wirken sollte. Damit sollte wohl abgelenkt werden von den eigenen offensichtlichen Schwierigkeiten – mit einem Korruptionsprozess gegen den Regierungschef Netanjahu, Problemen mit der Regierungsbildung und mit vielem anderen. Und wie so oft hatte die israelische Regierung uneingeschränkt Unterstützung und Grünes Licht, von den USA und vor allem auch von der BRD-Regierung und führenden deutschen Politiker*innen. Dazu gehören unter vielen anderen auch die grüne Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und Cem Özdemir. Alle rechtfertigen bis heute das israelische Vorgehen uneingeschränkt als Selbstverteidigung und unter offensichtlicher Missachtung der Kritik bekannter Menschenrechtsorganisation.

Doch trotz aller Zerstörung und Unterstützung der so genannten „westlichen“ Regierungen: Der Staat Israel mit seiner High-Tech-Armee ist mit seinem Angriff gescheitert. Er konnte den palästinensischen Widerstand nicht brechen.

Der israelische Repressionsapparat stieß auf eine geeinte palästinensische Bewegung im gesamten historischen Mandatspalästina. Über die Sperrzäune und Mauern hinweg demonstrierten die Palästinenser*innen gemeinsam von Haifa bis Ramallah, vom Naqab bis nach Nazareth gegen das gleiche System der Apartheid im gesamten Land.

Am Generalstreik vom 18. Mai beteiligten sich Millionen, Arbeiter*innen, Schüler*innen, Student*innen, Händler*innen und viele andere. Sie legten die israelische Bauwirtschaft lahm und auf etlichen Gebäuden in Haifa und anderen Städten innerhalb der Grünen Linie wehten palästinensische Fahnen.

Auch international ist unter den Menschen die Solidarität mit den unterdrückten Palästinenser*innen groß. Im italienischen Livorno weigerten sich die Hafentarbeiter, ein Schiff mit Waffen für den Staat Israel zu beladen. Die Verschiffung der kriegerischen Ladung war erst in Neapel möglich, wo allerdings ebenfalls zahlreiche Menschen gegen den Transport der Waffen nach Israel protestierten. Vor 2 Tagen folgten die Hafentarbeiter von Ravenna diesem Beispiel und erklärten für den 3. Juni, dem Tag, an dem eine Ladung mit Kriegsmaterial auf ein israelisches Schiff gepackt werden sollte, einen Streik. Die Stadtverwaltung solidarisierte sich mit den Arbeitern.

Auch einige Tage nach der Ausrufung des Waffenstillstands im Gazastreifen gingen in London fast 200 000 Protestierende auf die Straße. Sie fordern die Untersuchung von Kriegsverbrechen und Sanktionen gegen den Apartheidstaat Israel.

US-Präsident Biden bekam ganz direkt den Protest von Arbeitern eines Autowerks gegen seine Unterstützung der israelischen Kriegspolitik zu spüren. Kongressabgeordnete der demokratischen

Partei von Joe Biden, darunter die bekannte Organisatorin der Black Live Matters-Bewegung in Ferguson Corrie Bush, solidarisierten sich mit Palästina. Kurz nach diesen Erfahrungen begann US-Präsident Biden plötzlich Druck auf die israelische Regierung auszuüben, um einen Waffenstillstand durchzusetzen.

Schon seit mehreren Jahren verliert der Staat Israel wegen seiner Unterdrückungspolitik gegen die Palästinenser*innen international deutlich an Rückhalt. Demokratische und soziale Bewegungen solidarisieren sich mit dem Widerstand der Palästinenser*innen.

Längst haben sich vor allem im Ausland lebende jüdische Israelis mit Jüdinnen und Juden aus europäischen Ländern, den USA, Kanada und Australien zusammengeschlossen und wenden sich gegen die israelische antipalästinensische Repression. Während hier in der BRD palästinensische und andere Protestierende als Antisemiten beschuldigt werden, wenn sie Israel als Apartheidstaat bezeichnen, gehört die Forderung nach Boykott und Abschaffung des israelischen Apartheidsystems für diese jüdische Organisationen schon seit Jahren zum Programm.

Die große jüdisch-israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem hat im Januar 2021 ebenfalls eine Analyse veröffentlicht, in der sie ein israelisches Apartheidsystem vom Jordan bis zum Mittelmeer nachweist. Im April folgte dann die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch mit Sitz in New York mit dem Apartheidvorwurf gegen den Staat Israel.

Und erst vor wenigen Tagen machte sich ausgerechnet Peter Beinart, Herausgeber der größten US-amerikanischen jüdischen Zeitung, den Jewish Currents, für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat stark. Sein Essay erschien am 12. Mai in der New York Times.

Liebe Freundinnen und Freunde

Israelische Repression und Apartheid im gesamten historischen Mandatspalästina gehen auch nach dem Waffenstillstand weiter. Gegen die starken machtpolitischen Interessen, die die Herrschenden in BRD, USA und EU mit dem Apartheidsystem in Israel verbinden, brauchen die Palästinenser*innen unsere Solidarität.

Nein zur Apartheid made in Israel

Nein zur Unterstützung des Apartheidstaat Israel durch EU und BRD

Für einen sofortigen Stopp jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit dem Staat Israel

Für einen freien demokratischen Staat mit gleichen Rechten für alle seine Bürger

Für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge

Hoch die internationale Solidarität